Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen außerhalb Berlin's: Wien: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jaeger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüsler. — Mainz: D. Franz. — München: C. Marowski. — Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 99. **Berlin, Sonnabend den 22. März 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 22. März.

Die heutige Feier des **Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers** wurde, wie alljährlich, durch einen Choral eingeleitet, welcher zur Zeit der Reveille von dem Trompeterkorps eines Kavallerieregiments von der Kuppel der Schloßkapelle geblasen wurde. Se. Majestät der **Kaiser**, dessen Besserung in erfreulicher Weise fortschreitet, mußte auf Anrathen der Aerzte, welche für die nächste Zeit jede körperliche Anstrengung noch vermieden sehen möchten, es sich versagen, am heutigen Tage die Gratulationen in der sonst gewohnten Weise entgegenzunehmen, weshalb auch die landesfürstlichen Fürsten und Fürstinnen, die Generalität, die activen Staatsminister, die Botschafter ꝛc. ihre Glückwünsche nicht persönlich darbringen konnten. Das Staatsministerium hat dem Kaiser seine Glückwünsche in einer Adresse dargebracht. — Der **Kaiser** in allerhöchster Person nahm Vormittags 11½ Uhr die Gratulationen des kleineren königlichen Hofes, wozu die General- und Flügeladjutanten, die Hofmarschälle und die der Hofstaat der Kaiserin erschienen, entgegen. Um 12 Uhr erschienen die Mitglieder der königlichen Familie und die hier eingetroffenen höchsten fremden Fürstlichkeiten. Um 1 Uhr empfing der Kaiser dann nur noch den General-Feldmarschall Grafen Moltke und um 1½ Uhr den Reichskanzler Fürsten Bismarck. — Nachmittags 4 Uhr findet zur Feier des Tages im kronprinzlichen Palais Familientafel statt, an welcher mit den königlichen Prinzen und Prinzessinnen die fürstlichen hohen Gäste theilnehmen werden. Zu derselben Zeit ist für das kaiserliche, sowie für das Gefolge der fremden Fürstlichkeiten in der neuen Gallerie des königlichen Schlosses Marschalltafel. Abends 9 Uhr beginnt bei den Majestäten im königlichen Palais eine Soirée, zu der gegen 400 Einladungen ergangen sind. Unter den Geladenen befinden sich die Mitglieder der königlichen Familie, die hier eingetroffenen Allerhöchsten und Höchsten fremden Fürstlichkeiten nebst Gefolge, die am hiesigen Hofe akkreditirten Botschafter und deren Gemahlinnen, die zur Zeit hier weilenden landesfürstlichen Fürsten und Fürstinnen, die Generalfeldmarschälle, Generale, Künstler und Professoren, sowie viele distinguirte Fremde und Personen aus der Hofgesellschaft ꝛc. Morgen Nachmittag wird bei Sr. Majestät dem König von Sachsen im hiesigen Schlosse Familientafel und um dieselbe Zeit für das Gefolge im Garde du Corps-Saal Marschallstafel stattfinden.

* * *

In den Gemächern des Kaisers ist der Zoll der Liebe und Verehrung für Seine Kaiserliche und Königliche Majestät natürlich auch in diesem Jahre wieder in jubilöser Fülle niedergelegt worden. Die Menge der werthvollen Spenden dargebracht. Besonders reich ausgestattet ist der Geburtstagstisch der Mitglieder der kaiserlichen und königlichen Familie; wir erwähnen zunächst nach flüchtigem Anblick nur ein Portrait Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin in antiken Barockrahmen, von Professor Richter gemalt, eine reizende Zimmerkontaine, Knabe und Mädchen unter einem Schirm darstellend, herrliche Majolikaleuchter, werthvolle große Stehlampen, ein Porzellanservice mit dem Hohenzollernwappen von Ihrer Majestät der Kaiserin, prachtvolle Vasen und eine Statuette von Ihrer königl. Hoheit der Frau Großherzogin von Baden, Gemälde von Ihrer königl. Hoheit der Frau Erbprinzessin von Meiningen, einen Schriftenford von Ihrer großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Victoria. Selbstverständlich möchte man sagen, behaupten auch die zarten Kinder Flora's in den Sr. Majestät dargebrachten Angebinden einen hervorragenden Platz. Ein mächtiger Aufsatz von Ihrer Excellenz der Frau Gräfin Perponcher trifft durch die Gemälde seines Arrangements, die Herren v. Oldenboff in Hamburg kleideten ihre Glückwünsche in einen herrlichen Aufbau der seltensten Blumen, und einen allerliebsten Anblick gewährt ein in voller Blüthe stehender Schneeballbaum von Frau v. Boyen, geb. Prinzessin Biron-Wartenberg. Eine reiche Fülle von werthvollen und nützlichen Geschenken und Kränzen vervollständigt die Reihe dieser farbenprächtigen Spenden, die in einem Vorderzimmer an der Thüre zum Arbeitszimmer des Monarchen einen sinnigen Abschluß finden.

Aus London meldet W. T. B. von heute früh:

Die meisten Morgenblätter feiern den Geburtstag des Deutschen Kaisers mit sympathischen Artikeln. Die „Times" sagt: Kaiser Wilhelm sei den nationalen Impulse auf dem hohen Platze, wohin ihn das Geschick gestellt, fühn gefolgt und habe gehandelt, wie es einem Kaiser gebühre; das Urtheil des deutschen Volkes könne nur lauten: Kaiser Wilhelm habe ein ebenso großes Werk wie der berühmteste seiner Ahnen vollbracht.

Das hiesige „Tageblatt" bringt eine sensationelle Nachricht über einen bevorstehenden Urlaub des französischen Botschafters zu Berlin, Grafen St. Vallier, und über die Ursachen desselben. Dem gegenüber können wir auf das Bestimmteste erklären, daß die ganze Mittheilung Satz für Satz unwahr ist, und daß nicht etwa nur die Auffassung, sondern auch die einzelnen Angaben aller thatsächlichen Unterlage entbehren. Was zunächst die angebliche Thatsache betrifft, daß Graf St. Vallier seit der Rückkehr des Fürsten Bismarck aus Friedrichsruh mit demselben nicht zusammengetroffen sei, und daß Anfragen wegen einer Unterredung ausweichend beantwortet worden, so steht im Gegentheil fest, daß wiederholte Begegnungen stattgefunden haben. Erst am Donnerstag dieser Woche hat Graf St. Vallier bei dem Fürsten im engsten Kreise gespeist. Was aber die amtlichen Beziehungen betrifft, so ist von Meinungsverschiedenheiten, die eine Erkaltung der Beziehungen zur Folge gehabt haben könnten, nicht das Mindeste bekannt. Richtig ist, daß Graf St. Vallier von vornherein persona grata am kaiserlichen Hof und nicht minder beim Reichskanzler gewesen, aber ebenso gewiß ist, daß er dies im vollsten Maße noch heute ist. Der Botschafter hat sich von Anfang an in jeder Beziehung als der loyalste, verbindlichste Gentleman zu allen Zeiten den Politik bewährt, welche der Minister Waddington seit seinem Amtsantritt und der Präsident Grevy seit seiner Wahl zum Staatsoberhaupt eingeschlagen haben, einer Politik, welche bei mehr als einem Meinungsaustausch zwischen beiden Regierungen Ausdruck und Anerkennung gefunden hat.

Der aus den Arbeiten der Zolltarif-Kommission hervorgegangene Gesetzentwurf nebst Tarif liegt bereits gedruckt vor und ist dem Staatsminister Hofmann übergeben worden; ebenso ist der begleitende Bericht, welcher eingehende Motive zu den einzelnen Positionen enthält, fertig gestellt. — Die Zolltarif-Kommission wird Sonntag und Montag Sitzungen abhalten zum Zweck der letzten Revision des Tarifes und der definitiven Aufstellung der noch nicht erledigten Position der Chemikalien. Der völlige Abschluß der Arbeiten steht bis Dienstag f. M. in Aussicht.

Am 26. März werden der III., IV. und VII. Ausschuß des Bundesraths in die Berathung der von den preußischen Bevollmächtigten dieser Ausschüsse vorgelegten Gesetzentwurf, betr. die Besteuerung des Tabacks, eintreten.

Von dem Vertreter der Hansestädte in der Tarifkommission, Herrn Syndikus Dr. Barth geht uns folgendes Schreiben zu:

Berlin, den 20. März 1879.

An die
Redaktion der „Nordd. Allg. Ztg."
hier.

Geehrte Redaktion!

In der Abend-Ausgabe Ihres Blattes vom 19. März beschäftigt sich der politische Tagesbericht an erster Stelle mit den Konsumtionssteuern der Hansestädte Hamburg und Bremen, und es wird deduzirt, daß die gegen die Getreidezölle gerichtete Opposition des Vertreters der Hansestädte in der Tarifkommission der wünschenswerthen Logik entbehre, weil die bezüglichen Konsumtionssteuern der Hansestädte höher seien, als die von der Tarifkommission beschlossenen Zollsätze.

Es heißt sodann wörtlich weiter:

„Mit seinen Angriffen gegen die Zollpolitik des Reichskanzlers hat er (soll. der Vertreter der Hansestädte), vielleicht ohne es zu wissen, über die Zollpolitik seiner Vaterstädte den Stab gebrochen. Gerade sie, und zwar sie allein in Deutschland, sind es, welche gegenwärtig noch jene von der freihändlerischen Doktrin so heftig verhorreszirten Zölle erheben."

Rücksichtlich dieser Bemerkung möchte ich bitten, mir in Ihrem Blatte gütigst den Raum zu einer kurzen Entgegnung zu bewilligen. Wie der Herr Verfasser der jüngsten Bemerkung wissen wird, werden die in der fraglichen Konsumtionssteuern nur innerhalb des Weichbildes der Hansestädte erhoben, woselbst die steuerpflichtigen Gegenstände nicht zur Produktion gelangen. Die Steuern von Getreide und Vieh charakterisiren sich also durchaus als Schlacht- und Mahlsteuern. Daß dieselben in jenen Städten, welche übrigens — nebenbei bemerkt — in dieser Beziehung in Deutschland nicht allein stehen, noch erhoben werden, mag steuerpolitisch sehr verkehrt sein, und die Hansestädte wären gewiß gern bereit, anderen Steuerquellen den Vorzug zu geben, wenn es ihre finanzielle Lage zuließe, in diesen Dingen besonders wählerisch zu sein.

Die genannten Abgaben erfreuen sich in Hamburg wie in Bremen keineswegs einer besonderen Beliebtheit, da man daselbst immer noch an der alten Ansicht festhält, daß nicht der auswärtige Produzent die Steuer bezahlt, sondern daß der Konsument jene Abgaben in ganze Schwere trifft.

Man würde deßhalb nach Ansicht des Unterzeichneten, auch als Hamburger oder Bremer, ohne inkonsequent zu sein, sehr wohl gegen die Uebertragung jener Konsumtionssteuern auf das ganze Reich stimmen können.

Aber dieser letztere Fall ist überhaupt gar nicht praktisch geworden.

Nicht der Umstand, daß der arme Mann besonders hart von Getreidezöllen betroffen wird, hat den Schwerpunkt in dem Widerstande gegen die Einführung von Getreidezöllen gebildet, sondern vor Allem der Umstand, daß die Abgabe nur zu einem geringen Theile dem Staatssäckel, zu ⅔ dagegen dem inländischen Getreideproduzenten zufließt, und gerade hierin liegt der prinzipielle Unterschied zwischen dem Getreidezoll, wie er geplant wird und den Konsumtionssteuern der Hansestädte.

Will man die letzteren nachahmen, so muß man auch eine Getreidesteuer neben dem Zoll einführen, d. h. von dem im Inlande produzirten Getreide, sobald es im Inlande konsumirt wird, gleichfalls 25 bezw. 50 ₰ pro Zentner erheben. Es darf einigermaßen zweifelhaft erscheinen, ob ein solcher Vorschlag z. Zt. bei den Befürwortern der Getreidezölle besonderen Anklang finden würde. Es ist also der sogenannte Schutz der Landwirthschaft, die Besteuerung des Einen zu Gunsten des Anderen, welche dem Freihändler in erster Linie den Getreidezoll verwerflich erscheinen läßt. Die Frage: Konsumtionssteuern auf Getreide und Vieh oder nicht? hat mit der Frage: Freihandel oder Zollschutz an sich gar nichts zu thun, und es kann Jemand radikaler Freihändler sein und dennoch für Schlacht- und Mahlsteuer eintreten.

Was nun schließlich den letzten Punkt, die Störung von Handel und Verkehr durch Getreidezölle, anlangt, so muß auch hier die Analogie von Getreidezoll und Getreidesteuer, wenigstens soweit die Hansestädte in Frage sind, als unzutreffend abgelehnt werden.

Die Konsumtionssteuern werden in der Heimath des Unterzeichneten auf Bürgerei bezahlt, eine Belästigung des Verkehrs ist also ausgeschlossen.

Nachdem in der „Nordd. Allg. Ztg." meine persönliche Stellung in der Tarifkommission zur Debatte gebracht ist, so darf ich wohl bitten, die vorstehenden Zeilen ebendaselbst zum Abdruck zu bringen.

Hochachtungsvoll
L. Barth.

Wir drucken das vorstehende Schreiben ab, weil es uns außerordentlich charakteristisch zu sein scheint. Niemals sind unseres Wissens die eigentlichen Tendenzen des Freihändlerthums schärfer und unverhüllter zu Tage getreten wie hier. Mit anerkennenswerther Offenheit verschmäht es Herr Dr. Barth seinen An- und Absichten die kleinen Mäntelchen umzuhängen, mit welchen ein berühmter Statistiker sich zu drapiren versuchte. Hier ist keine Rede von den armen hungernden Konsumenten, die nach Brod schreien. Herr Dr. Barth schält den Kern der Frage rein heraus. Er ist gegen Getreide- und Viehzölle blos deßhalb, weil sie direkt oder indirekt der inländischen Produktion zu Gute kommen können. Mag die Landwirthschaft in Deutschland zu Grunde gehen, mögen wir in dem Bezug unserer Cerealien und unseres Fleischbedarfes vollständig abhängig vom Auslande werden, — die Herrn des feststädtischen Weltverkehrs kümmert dies nicht. In ihren Straßen wächst kein Getreide, sie können geschäftlich nur profitiren, wenn die Rothwendigkeit einer Zufuhr von außen vermehrt wird. Mit Vergnügen zahlen sie Getreide- und Viehzölle, wenn dieselben nur ausschließlich dem Fiskus von Nutzen sind, aber bestehe dürfen sie nicht die Wirkung haben, die nationale Produktion zu fördern und damit vielleicht den internationalen Handel einzuschränken!

Wir sprechen dem Herrn Dr. Barth unsern aufrichtigsten Dank für sein Schreiben aus, und sind überzeugt, daß dasselbe zur Klärung der Situation wesentlich beitragen und manchem zwischen Freihandel und Schutzzoll Schwankenden die Augen öffnen wird.

Zur Herbeiführung thunlichster Uebereinstimmung der für den inneren deutschen Postverkehr bestehenden Vorschriften mit den Bestimmungen des am 1. April in Kraft tretenden Welt-Postvertrages ist die **Postordnung** vom 1874 seitens des General-Postamts einer Revision unterzogen worden. Die nunmehrige Postordnung tritt am 1. April dieses Jahres in Kraft. Mit demselben Tage wird die Postordnung vom 1874 aufgehoben. Das unter dem 1. Juni 1878 zu Paris zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Egypten, Frankreich, Italien, Norwegen, Niederlande, Portugal, Rumänien, Rußland, Serbien, Schweden, Luxemburg und der Schweiz abgeschlossene Uebereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe, tritt ebenfalls am 1. April in Kraft. Gleichzeitig gelangen die im Anschluß an dies Uebereinkommen zwischen den Postverwaltungen der genannten Länder vereinbarten Ausführungsbestimmungen vom 1. Juli 1878 zur Wirksamkeit. Ebenfalls am 1. April tritt das in Paris unterm 4. Juni 1878 mit den vorgenannten Staaten, außer Rußland und Serbien, geschlossene Uebereinkommen, betreffend den Austausch von Postanweisungen, in Wirksamkeit.

Die in Nr. 96 der „Nordd. Allg. Ztg." bei den neuesten **Aktenstücken zur Orientfrage** kurz erwähnte russische Antwort des Geh. Rath Giers vom 5. November v. J. auf eine Note des Botschafters Lord Loftus vom 24. Oktober hat folgenden Wortlaut, der wegen des bemerkenswerthen Schlußsatzes hier Platz finden möge:

„Herr Botschafter, ich habe die Note, die Sie so gütig waren, an mich zu richten, empfangen, ebenso wie den Anhang aus einem Berichte. Ich habe den letzteren mit Bedauern und Ueberraschung gelesen. In der That scheint Lord Donoughmore den Worten, die Fürst Dondukow an ihn gerichtet zu haben scheint, als er in einer Privatunterhaltung ihn noch dazu darauf aufmerksam machte, daß er einfach als Privatperson spreche, eine Wichtigkeit und besonders eine Bedeutung beigemessen zu haben, welche mir in keiner Weise gerechtfertigt zu sein scheint. Die kaiserliche Regierung hat so viele unwiderlegliche Beweise ihrer versöhnlichen und friedfertigen Gesinnung gegeben, daß es wirklich schwer fällt, zuzugeben, daß der geringste Zweifel über ihre Aufrichtigkeit einiger unverschuldiger Ausdrücke wegen gehegt werde, die einer ihrer Agenten in einer einfachen Privatunterhaltung fallen gelassen hat. Während ich solches beklage, will ich nicht verhehlen, den kaiserlichen Kommissär in Ostrumelien von dem unglücklichen Mißverständnisse, das sich ergeben hat, zu benachrichtigen. Ich kann nicht umhin, diese Gelegenheit zu ergreifen, Ew. Excellenz zu versichern, daß es die Absicht meines erhabenen Herrn ist, den Bedingungen des Vertrages von Berlin alle die Achtung zu erweisen, die ihnen zukommt, und auf der Grundlage ihrer getreuen Ausführung den Frieden und die Ruhe zu sichern, die so allgemein gewünscht werden, es nicht wahrscheinlich ist, daß irgend einer der Offiziere Sr. Majestät im irgend einer Weise von diesem Verfahren oder von den Pflichten, die sich daraus ergeben, abweichen sollte.

gez. Giers."

Rundschau im Auslande.

Die Nachrichtenausbeute auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten ist heute eine nur geringe. Aus London haben wir das oben mitgetheilte Telegramm zu verzeichnen, welches von sympathischen Kundgebungen der **englischen** Presse anläßlich des Geburtstages unseres Kaisers berichtet. Die „Times" räumt Kaiser Wilhelm einen Platz neben seinem größesten Ahnherrn ein und eignet sich damit nur eine Anschauung an, welche das deutsche Volk längst besetzt.

Das britische Kolonialamt veröffentlicht den auf den Zulukrieg bezüglichen Schriftwechsel. Es geht daraus hervor, daß Lord Chelmsford selbst seine Entlassung als Kommandirender nachgesucht und der Generalgouverneur, Sir Bartle Frere, dieses Gesuch nicht nur befürwortet, sondern sogar den Wunsch hinzugefügt hat, der künftige Kommandirende möge geeignet sein, auch ihn, den Gouverneur, zu ersetzen. Aus den weiteren Schriftstücken ergiebt sich, daß die Regierung die gegen die Zulus befolgte Politik des Gouverneurs nicht billigt, und sich die Festsetzung der Friedensbedingungen selbst vorbehält. Sie ist namentlich nicht geneigt, eine Annexion zu sanktioniren oder irgend eine Einmischung in die innern Angelegenheiten der Zulus zu gestatten.

Der Wiener „Pol. Corr." giebt ein Bericht aus London zu, welcher eine Aenderung in der Anschauung des englischen Kabinets bezüglich der rumelischen Frage ankündigen zu können behauptet. Darnach wäre der in der Depesche Lord Salisburys vom 26. Januar accentuirte Gedanke, der Türkei es zu überlassen, ihre Autorität in Ost-Rumelien, wenn nothwendig, mit Waffengewalt wiederherzustellen, nunmehr vom Londoner Kabinet gänzlich fallen gelassen. Ebensowenig wolle Marquis of Salisbury noch von dem Plane einer gemischten Okkupation wissen. Es erübrige darnach nichts Anderes, als den Bulgaren einige Konzessionen zu machen, welche die Gemüther in Ostrumelien beschwichtigen würden, ohne die Bestimmungen des Berliner Vertrages besonders zu alteriren. Das Problem sei schwierig; man glaube aber in London, daß es dennoch zu lösen sei. Das Wesen desselben wäre darin zu suchen, daß man die Pforte von der Nothwendigkeit überzeugt: „diejenige Persönlichkeit gleichzeitig zum Generalgouverneur von Ostrumelien zu ernennen, welche von den Bulgaren zum Fürsten von Bulgarien erwählt werden wird."

In Wien selbst scheint man diesen Vorschlag mehr für einen russischen denn als einen englischen anzusehen. Es geht dies sowohl aus einer Redaktionsanmerkung hervor, welche die „Pol. Korr." selbst zu diesem Schreiben macht, als auch aus den, diesem angeschlagenen Tone folgenden Betrachtungen der Wiener Zeitungen. Wie dem nämlichen Blatte aus Konstantinopel berichtet wird, sind die Demonstrationen der bulgarischen Bevölkerung in Sliwno gegen den Finanzdirektor Schmidt noch am 17. März fortgesetzt worden. Das Haus, in welchem Hr. Schmidt mit dem französischen Kommissär Coutouly wohnte, (Herr de Coutouly war in Berlin wiederholt als Berichterstatter des Pariser „Temps" anwesend und war auch während des Karlistenkrieges in Spanien. D. R.), sei von der Volksmenge förmlich belagert worden, so daß die bulgarische Miliz, deren Haltung sich bei diesem Anlasse vollständig bewährte, einschreiten und mit den Kolben den Platz säubern mußte. Bei dieser Gelegenheit sind einige Miliz-Soldaten durch Steinwürfe verwundet worden. Nichtsdestoweniger hat Herr Schmidt sich nicht einschüchtern lassen und nahm sich vor, die Inspektion fortzusetzen, zu welchem Behufe General Stolypin ausgiebige Schutzmaßregeln treffen ließ.

Einem längerem Bericht der „Pol. Corr." über den **italienischen** Protest gegen das Projekt Tocqueville entnehmen wir, daß dasselbe als vollständig beseitigt zu betrachten ist und die Türkei „sich wieder hoffnungslos leeren Staatsklassen gegenüber befindet." „Der griechische Bankier Zarifi hat dem Palais, das sich schon in der größten Bedrängniß befand, einen Vorschuß von 50,000 türkischen Lires gewährt. Dem Finanzminister, Kiani Pascha, seinerseits gelang es, von Bankiers in Galata einen Vorschuß von 170,000 türkischen Lires zu bekommen."

Wie aus dem deßfallsigen Bericht erhellt, hatte Italien das Verlangen erhoben, in der projektirten Finanzkommission vertreten zu sein, was türkischerseits ziemlich brüsk u. A. dahin abgelehnt wurde, daß, da die Türkei an die Annahme eines Anlehens in Italien mit Unterstützung und unter Garantie der italienischen Regierung nicht denken könne, Italien in das projektirte Arrangement sich nicht hineinzumengen habe, sobald letzteres die beiden direkt interessirten Regierungen befriedige.

Herr Depretis ließ nun Vorstellungen in Paris und London erheben, und von Petersburg kam ihm der bereits bekannte russische Protest zu Hülfe. Der „Constantinople Messenger" behauptete, daß der russische Protest gegen die Kombination Tocqueville auf Anstiften Italiens erfolgt sei. Wenn die Pforte die Reklamationen der italienischen Regierung anders aufgenommen und zwei italienische Kommissäre zugelassen hätte, würde jenes Projekt die Unterstützung der drei zumeist interessirten Regierungen gefunden und wahrscheinlich Erfolg gehabt haben. Rußland hätte in diesem Falle aus Rücksicht für Italien sich jedes Protestes enthalten. Nachdem die italienischen Reklamationen in so beleidigender Weise von der Pforte zurückgewiesen worden, habe man sich in St. Petersburg jeder weiteren Schonung entschlagen und Protest auf Protest nach Konstantinopel gesandt.

Der **rumänische** Senat ist gleich der Deputirtenkammer den Regierungsvorschlägen auf Abänderung der rumänischen Verfassung beigetreten. Der Versuch, bei dieser Gelegenheit einen Ministerwechsel herbeizuführen, ist mit 32 gegen 20 Stimmen abgelehnt worden.

Bezüglich der **türkisch-griechischen** Angelegenheiten meldet die „Presse" aus Pera:

In Folge des Scheiterns der Unterhandlungen mit Griechenland erhielt Mukhtar Pascha Befehl, sich nach Kreta und Janina zu begeben, um die dortigen Garnisonen zu inspiziren und beide Städte in Vertheidigungsstand setzen zu lassen. England urgirt die Inangriffnahme seines Reformprojektes für Anatolien.

Zu der s. Z. so lebhaft erörterten Angelegenheit der Hassuniten und Anti-Hassuniten meldet die „Pol. Korr.":

Das Oberhaupt der Anti-Hassuniten (in der gestrigen Rundschau war irrthümlich „Hassunisten" gedruckt. D. R.), Msgr. Kupelian, den die Pforte als alleinigen Oberhaupt der katholischen Armenier anerkannt hat, hat soeben seine Demission gegeben und ist nach Rom abgereist, nachdem er Msgr. Hassun erklärt hatte, daß er sich vom Papste unterwerfen werde. Er hat alle halbwegs wichtigen Patriarchatspapiere mitgenommen. Sein Abfall wird ohne Zweifel die Reihen seiner Anhänger stark lichten, die nach einander zum alten Patriarchen Hassun zurückkehren werden. Die armenische Nation wird von der Pforte zur Wahl eines neuen Patriarchen aufgefordert werden, und es ist wahrscheinlich, daß Msgr. Hassun die Majorität erhält und auch von der Pforte anerkannt wird. Die Botschafter Oesterreich-Ungarns und Frankreichs beglückwünschten Msgr. Hassun zu diesem glücklichen Ereigniß, das der bedauerlichen Spaltung im Schooße der armenischen Katholiken ein Ende macht.

Zur **Staatsreform in Montenegro** meldet die „Presse" aus Cettinje, 20. März:

„Heute Nachmittag wurde im Beisein sämmtlicher Senatoren, Staatswürdenträger und sechsundachtzig Kreischefs das neue Verwaltungsreglement vom Fürsten feierlichst promulgirt. In seiner fast einstündigen Rede betonte der Fürst, die neue europäische Stellung Montenegros erheische eine Aenderung seiner inneren Organisation. Der alte Senat wird beseitigt, an seine Stelle tritt als gesetzgebender Körper der Staatsrath. Der Staatsrath, dessen Präsident Vojo Petrovic ist, besteht aus sämmtlichen Ministern, den Kassationsräthen Mattanovic und Vukotic und dem fürstlichen Sekretair Simo Popovic. Das ganze Land wird politisch in 20 Bezirke, militairisch in vier Kommanden eingetheilt."

Vom Reichstage.

* Der Abg. Frhr. Schenk v. Stauffenberg hat, unterstützt von Mitgliedern der anderen Fraktionen (mit Ausnahme der Fortschrittspartei), den Antrag eingebracht, das Gehalt der sechzig am Reichsgerichte anzustellenden Räthe statt auf je 10,000 ℳ (wie im Etatsentwurf geschieht), auf je 12,000 ℳ zu erhöhen und in gleicher Höhe das Gehalt der drei Reichsanwalte zu normiren.

* Das eben ausgegebene 5. Petitions-Verzeichniß enthält im Ganzen 144 Nummern. Zahlreich erscheinen wiederum diejenigen Petitionen, welche sich auf die Wirthschaftspolitik beziehen, breiten Raum nehmen auch diejenigen von Vorschußvereinen ein, welche für Aufrechterhaltung allgemeiner Webselsfähigkeit petitioniren. Ebenso sind die Petenten um Abänderung des Zivilstandsgesetzes wiederum in größerer Anzahl verzeichnet. Unter den Einzelnheiten ist erwähnenswerth die Petition der Handelskammer zu Frankfurt a. M., welche bittet, zu erwägen, ob und inwieweit die betreffenden hohen Bundesstaaten berechtigt sind, der im höchsten Interesse des allgemeinen Verkehrs liegenden Herstellung der Mainwasserstraße Bedingungen entgegenzustellen, welche geeignet sind, der preußischen Staatsregierung die Ausführung des Projektes nahezu unmöglich zu machen.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König ertheilte am Freitag Nachmittag dem neuernannten, französischen Botschafter am russischen Hofe, General Chanzy, Audienz und empfing später noch den Besuch des Königs von Sachsen. Abends wohnten die Mitglieder der königlichen Familie mit den fürstlichen hohen Gästen der Vorstellung im Opernhause bei. Nach dem Schluß derselben begaben Höchstdieselben sich ins königliche Schloß, woselbst in den Königin-Mutterzimmern beim Großherzog und der Großherzogin von Sachsen, welche mit der Prinzessin Elisabeth um 9 Uhr Abends aus Weimar hier eingetroffen waren, der Thee und das Souper eingenommen wurde.

* Ihre Majestät die Kaiserin und Königin besuchte am Freitag mit Ihren königl. Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden die Molkerei-Ausstellung. Abends begab Allerhöchstdieselbe sich zur Empfangsbegrüßung der großherzoglich sächsischen Herrschaften ins königliche Schloß.

* Se. Majestät der König von Sachsen beabsichtigt, dem Vernehmen nach, morgen Abend 8 Uhr Berlin wieder zu verlassen, um nach Dresden zurückzukehren.

* Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz nahm gestern Vormittag nach der Rückkehr aus dem königlichen Palais die persönlichen Meldungen der Kommandanten von Danzig und Metz, Generalmajors v. Schmeling und Tampe entgegen, ertheilte um 12 Uhr dem neuernannten französischen Botschafter am russischen Hofe, General Chanzy, Audienz und empfing gegen 1 Uhr Se. Majestät den König von Sachsen bei dessen Ankunft auf dem Dresdener Bahnhofe. Später begrüßte der Kronprinz die hier eingetroffenen fürstlichen Gäste im hiesigen Schlosse und besuchte alsdann gegen 2½ Uhr die Molkereiausstellung. Um 5 Uhr nahmen beide Höchste Herrschaften an der Familientafel im königlichen Palais Theil. Abends 9 Uhr begab der Kronprinz sich zum Empfange Ihrer königl. Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin von Sachsen nach dem Anhaltischen Bahnhofe.

* Die Besserung in dem Befinden des Prinzen Karl königl. Hoheit schreitet stetig fort. Das heute früh ausgegebene, voraussichtlich letzte Bulletin lautet: „Erste ruhige Nacht. Wenig Husten. Allgemeinbefinden günstig."

* Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Albrecht von Preußen sind gestern Abend über eingetroffen.

* Ihre königl. Hoheit der Großherzog, die Großherzogin und die Prinzessin Elisabeth von Sachsen, sowie die Groß-